Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werkthätigen Bevölkerung.

Mit der illustrirten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt".

Der „Lübecker Volksbote" erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum folgenden Tages und ist durch die Expedition, Große Altefähre 35/37, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich Mk. 1,66. Monatlich 55 Pfg. Postzeitungsliste Nr. 4069 a 6. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pfennige, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur 10 Pfennige, auswärtige Anzeigen 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Morgens in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 280 — Sonnabend, den 30. November 1895. — 2. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

Abonnement!

Zum Monatswechsel ersuchen wir unsere Leser und Freunde um rechtzeitige Erneuerung ihres Abonnements und Werbung neuer Abonnenten. Gleich zu Anfang nächsten Monats beginnen die Verhandlungen des Reichstages, welche das Interesse des ganzen politisch reifen Volkes erregen müssen. Wie früher, so wird auch über die kommende Reichstagssession der „Volksbote" ausführliche Berichte bringen. Dem politischen Theile unseres Blattes werden wir nach wie vor unsere regste Aufmerksamkeit widmen. Die Bestrebungen der Reaktion, das planmäßige Vorgehen aller Volksfeinde muß alle Volksfreunde zusammenschaaren. Am besten eignet sich als Bindeglied aller Volksfreunde die politische Tageszeitung. Für Lübeck erfüllt der „Volksbote" diesen Zweck. Fort darum mit solchen Presorganen, die ohne jede grundsätzliche Klarheit in ihrer politischen Stellung nur der oberflächlichen Neugier und fruchtlosesten Sensationslust dienen. Abonniere man statt dessen den Volksboten, dessen politische Stellung klar ist und der sich von sensationslüsternen Treiben fernhält.

Im Feuilleton werden wir dieser Tage mit dem Abdruck eines berühmten Romanes von Balzac beginnen, betitelt: **Die Frau von 30 Jahren.** Wir glauben, daß gerade dieser Roman das regste Interesse von Seiten unserer Leserinnen finden wird.

Der Abonnementspreis unseres Blattes für Monat Dezember beträgt 55 Pfg.

Zahlreichen Abonnements sieht entgegen.

Redaktion und Verlag des „Lübecker Volksbote".

Die Steuerlast.

Die „Post" erfährt, daß erneute Untersuchungen in der Angelegenheit der vierten Bataillone für die Halbbataillone ein „derart ungünstiges Resultat" ergeben hätten, daß man sich noch vor Ablauf der bis 1899 festgesetzten Probezeit zu Aenderungen werde entschließen müssen. Es sei daher wahrscheinlich, daß der Reichstag in der kommenden Session sich noch einmal mit den vierten Bataillonen werde beschäftigen müssen.

Also eine **neue Militärvorlage** ist in Sicht, eine schwere Belastung der Steuerzahler, nachdem erst durch die Militärvorlage 1893 die Friedenspräsenzstärke auf **557 093 Mann** und die finanzielle Mehrbelastung an fortdauernden Ausgaben um **54 900 000 Mark** gesteigert worden ist; die einmaligen Ausgaben der 1893er Vorlage betrugen **59 940 000 Mark.**

Die Ausgaben für Heereszwecke (Armee, Marine, Pensionen) betrugen nach dem Etat für 1895/96

710 Millionen Mark.

Von 1872 bis 1895/96, in 24 Jahren, hat das deutsche Reich für militärische Zwecke verausgabt

13 897 Millionen Mark.

Nicht einberechnet sind hierin die Zinsbeträge für die hauptsächlich im Interesse des Militarismus aufgenommene deutsche Reichsschuld. Es belief sich die Zinsenlast 1895/96 bereits auf

74 Millionen Mark.

Die Schulden des Reichs, das bis 1876, abgesehen von den unverzinslichen Reichskassenscheinen, schuldenfrei war, betragen jetzt

2080 Millionen Mark.

Aus den indirekten Steuern und Schutzzöllen, die auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse der Volksmasse gelegt sind, fließen die Reichseinnahmen, die in erster Reihe für den Moloch Militarismus dahingegeben werden. An den indirekten Auflagen und Zöllen profitieren nur Fiskus, Schlotbarone und Krautjunker. Im Jahre 1894/95 beliefen sich diese Einnahmen aus Zöllen, Verbrauchssteuern und Stempelsteuern auf rund

690 907 500 Mark,

das ist seit 1878/79, seit 16 Jahren ein Wachsthum dieser Nettoeinnahmen um

449 Millionen Mark.

Berechnet man die Brutto-Einnahme, so ergiebt sich von 1878/79 bis 1894/95 eine Mehrbelastung der Steuerzahler um

482 Millionen Mark.

Darin ist nicht eingerechnet, was von den Brutto-Einkommen aus Zuckersteuer und Maischbottichsteuer an Ausfuhrvergütung vorab ausgegeben wird, ebensowenig wie die

40 Millionen Mark

der Branntweinbrennerliebesgabe.

An den 482 Millionen nehmen theil die Brotzölle mit

100 Millionen Mark,

der Petroleumzölle mit

54 Millionen Mark,

die Erhöhung des Tabakzolles und der Tabaksteuer mit

42 Millionen Mark,

die neue Verbrauchsabgabe auf Branntwein mit

100 Millionen Mark,

die neuen Stempelsteuern mit

40 Millionen Mark.

Welche Verwendung im Reichshaushalt das Mehr aus Zöllen und Steuern findet, zeigt der Etat von 1894/95. Für

Militär	472	Mill. Mk.
Marine	55	„ „
Allgemeiner Pensionsfonds	55	„ „
Verzinsung der Reichsschuld	74	„ „
	656	Mill. Mk.

Solche Ziffern sprechen eine beredte Sprache. Und nun kommen ganz neue gemeinschädliche Pläne des Militarismus.

Volk, sei auf der Hut!

Politische Rundschau.

Deutschland.

Die deutsche Zuckerindustrie, so schreibt die „Korresp. des Bundes der Landwirthe", hat bei der Verschiedenheit der Prämiensätze, die bis jetzt bestanden, gezeigt, daß sie die französische Konkurrentin auf keinen Fall zu fürchten hat. — Na, also! Weshalb denn das neue Zuckersteuergesetz mit seiner Erhöhung der Ausfuhrprämien um 34 Millionen Mark!

Ein geheimer Erlaß wird wieder einmal veröffentlicht und zwar, wie bereits kurz gemeldet, von der in Solingen erscheinenden „Berg. Arbeiterstimme". Derselbe ging an die Polizeiverwaltungen zahlreicher rheinischer Städte.

Geheim.

„Die Polizeibehörden werden hiermit aufgefordert, regelmäßige Semesterberichte über die sozialdemokratische Bewegung zu erstatten. Diese Berichte sollen einen klaren Ueberblick über die dortigen Kreise gewähren. Sie sollen sich daher nicht nur auf die einzelnen Thatsachen in einzelnen Versammlungen beschränken, sondern alle Verhältnisse in die Erörterung ziehen, welche die sozialdemokratische Bewegung zu Tage fördert. So ist die Haltung der sozialdemokratischen Presse, die Entwickelung, das Eindringen der Sozialdemokratie in nicht politische Vereine wie Gesang- und Turnvereine, ferner ihr Vordringen in die Verwaltungen, in die Verwaltungen der Krankenkassen, ihre Erfolge bei allen öffentlichen Wahlen, ihr etwaiges Fortschreiten auf dem Lande usw. eingehend zu erörtern. Dabei soll thunlichst den Ursachen der wichtigen Erscheinigungen in der sozialdemokratischen Bewegung nachgespürt werden und sind geeigneten Falls die Mittel zur Sprache zu bringen, welche gegen etwaige bedenkliche Vorgänge für zweckdienlich erachtet werden. Diesen Berichten soll eine besondere Aufmerksamkeit zugewendet werden und sind dieselben für dieses Jahr spätestens bis zum 1. Oktober und in Zukunft bis zum 1. April und 1. Oktober zu erstatten. Außerdem soll auch in Zukunft über Ereignisse von hervorragender aktueller Bedeutung, z. B. über wichtige Vorkommnisse sozialdemokratischer anarchistischer (!! die Red.) Agitation in der Presse und in Versammlungen stets sofort berichtet werden.

Düsseldorf, den 2c

Der Königliche Regierungspräsident
von der Recke.

Die „Berg. Arbeiterst." kann auch bereits über einen eingegangenen Semesterbericht, erstattet vom Bürgermeister und Polizeichef Haumann in Solingen, Mittheilung machen. In dem 15 Seiten langen — also der Anforderung „eingehend" zu sein, entsprechenden — Schriftstück werden die bekannten Solinger Sozialdemokraten, die „Träger der Bewegung", als durchweg tüchtige und fleißige Arbeiter bezeichnet. Das Eindringen der Sozialdemokratie in die städtischen und sonstigen Verwaltungen, auch die Thätigkeit der Beisitzer am Gewerbegericht gebe zu „Bedenken keinerlei Anlaß". Die Parteizwistigkeiten in Solingen werden in dem Bericht auch gewürdigt (was hoffentlich zu ihrer Linderung beiträgt), ebenso der noch zu wünschen übrig lassende Einfluß des dortigen Parteiorgans. Rühmlich wird anerkannt, daß in den Gewerkschaften der Solinger Industrie keine sozialistische Propaganda getrieben würde, man sich dort vielmehr ausschließlich mit den Lohn- und Arbeitsbedingen befasse, zum größten Theil im Einverständniß mit den Herren Fabrikanten. Auch die im letzten Jahre ausgebrochenen größeren Streiks hätten mit der sozialdemokratischen Bewegung nichts gemein. Von dem im letzten Jahre gegründeten Gewerkschaftskartell hielten sich die Fachvereine der in der Solinger Industrie beschäftigten Arbeiter größtentheils und grundsätzlich fern. Mit ausgesprochen sozialistischer Tendenz sei außer dem sozialdemokratischen Volksverein keiner am Platze und der genannte Verein verfüge über keine allzu große Mitgliederzahl.

Sie haben sich ermannt, die streitbaren Kämpen des Hamburger Nationalliberalismus. Die Agitation gegen das Reichstagswahlrecht, welches ihnen zu schwer im Magen liegt, haben sie begonnen. Und zwar wurde der Kampf, aus dem so Mancher mit zerschundenen Körper zurückkehren dürfte, in einer Sitzung des „Reichstagswahlvereins von 1885" begonnen. Nach den „Hamb. Nachr." hat eine Versammlung von circa 2000 Personen einstimmig eine Resolution angenommen, welche den Reichskanzler ersucht, in Erwägung zu nehmen, in welcher Weise durch Gesetz dem auf Umsturz der Staatsordnung gerichteten Mißbrauch des allgemeinen Wahlrechts durch die Sozialdemokratie im Wege der Einschränkung dieses Wahlrechts, sei es durch Einfügung einer höheren Altersgrenze, sei es durch die Forderung einer längeren Seßhaftigkeit im Wahlkreise oder sonst, abzuschneiden ist. — Die Einstimmigkeit in dieser Versammlung ist nicht gerade wunderbar. Denn die Eintrittskarten sind nur an solche Personen ausgegeben worden, welche sich an einer Demonstration für die Einschränkung des Reichstagswahlrechts betheiligen wollten. In der Versammlung präsidirte ein Dr. Eduard Isaakfohn. Eine lange schwülstige Rede für die Resolution hielt dann ein Herr Dr. Semler. Nachdem dann noch der Leiter der Hamburger Armenanstalt, Dr. Münsterberg, gesprochen hatte, wurde die Resolution angenommen und alsdann das obligate Telegramm an den Kaiser abgesandt, welches die „Einmüthigkeit in dem Kampf gegen die Sozialdemokratie" bekundet. Danach zerstreuten sich die tapferen Nationalliberalen wieder.

Zu der bekannten Aeußerung des Herrn v. Stumm von dem „Kampf auf Leben und Tod" bemerkt das „Volk":

„Wir haben Grund, die Mittheilung der „Frankf. Ztg." für durchaus glaubwürdig zu halten. Herr v. Stumm hat schon wiederholt versucht, den Kaiser „scharf zu machen". Bei einem im vorigen Winter stattgefundenen Diner entwickelten der Kaiser, Freiherr v. Stumm und mehrere hochgestellte Persönlichkeiten den Begriff eines „festen Regiments". Herr v. Stumm vertrat dabei den in der obigen Auslassung zur Geltung kommenden Standpunkt mit solchem Erfolg, daß sogar ein Minister, der selbst große Sehnsucht nach einem „festen Regiment" und einer günstigeren parlamentarischen Lage zeigt, später Freunden gegenüber seinen Besorgnissen Ausdruck gab."

Zum Sturm auf die zweijährige Dienstzeit wird jetzt von der ganzen mittelparteilichen Presse geblasen. In einem solchen Artikel der „Berl. Neust. Nachr." wird behauptet, daß die Unteroffiziere fast ausnahmslos überall ein volles Verdikt der zweijährigen Dienstzeit aussprechen. Wenn dies wahr wäre, so würde es auch noch nichts bedeuten. Nach den Rücksichten auf die Bequemlichkeit der Unteroffiziere kann die Dienstpflicht in Deutschland nicht geregelt werden. Schwerlich würde man seiner Zeit in Preußen die Stockprügel abgeschafft haben, wenn man darüber nur Unteroffiziere und Feldwebel befragt hätte. Die „Berliner Neust. Nachrichten" meinen, die Etatsüberschreitungen um 700 000 Mk. an Unteroffizierprämien beweisen eine unerwartete Abnahme von gedienten Unteroffizieren als Folge der zweijährigen Dienstzeit. Wenn die „unterrichtete Seite" der „Berl. Neuest. Nachrichten" wirklich unterrichtet wäre, so müßte sie wissen, meint dazu die „Freis. Ztg.", daß solche Etatsüberschreitungen auch in den letzten Jahren vor Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorgekommen sind. Thatsächlich hat das Manquement an Unteroffizieren seit Einführung der zweijährigen Dienstzeit sich in überraschend großem Umfange vermindert. Auch ist der Dienst der Unteroffiziere erleichtert durch eine Zunahme der Kapitulanten in Gefreitenstellen.

Die „Pflege der Sittlichkeit" in der Armee. „Zur sittlichen Bewahrung der jungen Soldaten, damit dieselben nicht, mit abgestumpftem Gewissen, der Lust folgend,

Verführer an der noch unbescholtenen reinen weiblichen Jugend werden", wird in einem Aufsatz des „Militärwochenbl." aufgefordert, alle permanenten Urlaubsbewilligungen in der Garnison über die gesetzliche Frist zu unterlassen und jede einzelne Urlaubsbitte zu prüfen und zu individualisiren. Außerdem soll dem Soldaten die freiwillige Theilnahme am Gottesdienst am Sonntag Nachmittage im Ausgeh Anzug mit Mütze ausdrücklich gestattet werden. Aus den Soldaten und Marschliedern sei Alles sorgsam zu entfernen, was mehr oder minder einer Versündigung gegen das sechste Gebot Vorschub leiste oder die Lüsternheit anrege." — Wie denkt denn das „Militärwochenblatt" über die „sittliche Bewahrung" der jungen Unteroffiziere und Offiziere?

Chronik der Majestätsbeleidigungen. Ein Berginvalide aus Niederscholven bei Buer und ein Verputzer aus Essen wurden wegen Majestätsbeleidigung verhaftet. Beide waren betrunken und hatten sich in einer Wirthschaft unpassend über den Kaiser geäußert. — Hannover. Dem welfischen Pastor Pfannkuche in Wunstorf ist die Mittheilung zugegangen, daß ein Verfahren gegen ihn wegen Majestätsbeleidigung eingeleitet sei. — Eine Verhaftung wegen Majestätsbeleidigung berichtet der „Beobachter" in Chemnitz: „Der Vertrauensmann der Brauer, Albin Graichen, der auf der Schloßbrauerei arbeitete, ist gestern Mittag 12 Uhr, als er die Arbeit verließ, verhaftet worden. Nachmittags kam ein Schutzmann in die Wohnung und theilte der zu Tode erschrockenen Frau bündig die Verhaftung mit. So weit wir über die Sache unterrichtet sind, soll Graichen die Majestätsbeleidigung, wegen welcher er bereits in Untersuchung gezogen war, in der hiesigen Antisemitenkneipe „Deutscher Krug" begangen haben. Graichen war nach unserem Wahlsieg am Tage der Landtagswahl mit zwei seiner Kollegen in jenes gegnerische Lokal gegangen. Er war übrigens, wie uns übereinstimmend versichert wird, angetrunken. Anwesende Antisemiten zogen die Arbeiter in die Debatte und kaum war eine unvorsichtige Bemerkung gefallen, da liefen sie schon nach einen Schutzmann, damit ja dem Antisemitismus das Ruhmesblatt dieser That nicht entgehe. Graichen wurde zur Wache gebracht und später in Untersuchung gezogen. Jetzt ist er nun gar verhaftet worden. — Wir nehmen die Gelegenheit wahr, um wiederholt die Parteigenossen auf das dringendste zu warnen, am Biertische in gegnerischen Lokalen sich zu unbedachten Aeußerungen hinreißen zu lassen. Ein Denunziant ist immer in der Nähe und die schwere Strafe steht hernach in keinem Verhältniß zu dem erzielten Effekt."

„Gleiches Recht für Alle", giebt es das im preußischen „Rechtsstaate"? Die „Freis. Ztg." bemerkt zu den Haussuchungen in Berlin: „Die §§ 8 und 16 des Vereinsgesetzes verbieten den Vereinen, welche politische Gegenstände in Versammlungen erörtern, Frauenspersonen, Schüler und Lehrlinge als Mitglieder aufzunehmen und mit anderen Vereinen gleicher Art in Verbindung zu treten. Grade diese Bestimmung des Vereinsgesetzes, auf welche sich die Haussuchungen beziehen, ist aber längst weit über die liberalen Parteien hinaus als unhaltbar anerkannt worden. Was würde beispielsweise aus den landwirthschaftlichen Vereinen, wenn der § 8 des Vereinsgesetzes gegen dieselben strikt zur Anwendung gebracht würde? Die landwirthschaftlichen Vereine sind gegenwärtig der Herd politischer Agitationen, und alle landwirthschaftlichen Vereine stehen unter einander in engster Verbindung. Auch ohne Haussuchung zu veranstalten, liegen die Beweise hierfür in der Oeffentlichkeit klar zu Tage." Dasselbe ist der Fall bei den nationalliberalen politischen Vereinen, bei Unternehmer-Organisationen aller Art, bei den Innungen, bei den Kriegervereinen 2c. 2c. Dieselben treiben Politik und sprechen ganz offen dem Gesetze Hohn, indem sie für politische Zwecke mit einander in Verbindung treten. Dagegen rührt sich keine Polizei und kein Staatsanwalt. Das ist, von anderen Thatsachen abgesehen, das „gleiche Recht für Alle" im „Rechtsstaat" Preußen.

Eine neue Haussuchung hat Mittwoch wiederum in Berlin stattgefunden, und zwar bei dem Genossen Stefan Fritz, Vertrauensmann im 3. Berliner Reichstags-Wahlkreise. Da Genosse Fritz auch bei der allgemeinen Haussuchung zwei Tage vorher von der Polizei berücksichtigt worden war, scheint die Erneuerung der Prozedur so eine Art Nachtrags- oder Ergänzungsverfahren zu der Generalrazzia zu sein. Die Haussuchung wurde recht gründlich vorgenommen; es wurden die Betten durchsucht, die Möbel umgekehrt, selbst die Asche von verbranntem Stullenpapier unter dem Küchenheerd erregte die Neugier der Vertreter von Ordnung und Gesetz; Konnte nicht in jenem Aschenhaufen vielleicht ein Rest verbrannten beschriebenen Papiers übrig geblieben sein, der gefährliche Verbindungen enthüllte? Aber nein, Stullenpapier blieb Stullenpapier selbst in verkohltem Zustande. Mit der Ausbeute einiger tausend Sammelbons zogen die Beamten schließlich von dannen. Vielleicht versuchen sie ihr Glück demnächst anderswo.

Die deutsche Seeschifffahrt zu Beginn des Jahres 1895. Am 1. Januar 1895 betrug die Zahl der deutschen Seeschiffe 3665 mit einem Netto-Raumgehalt von 1553902 Tonnen und einer regelmäßigen Besatzung von 40984 Mann. Davon waren 2622 Segelschiffe mit 660856 Tonnen und 15785 Mann Besatzung und 1043 Dampfschiffe mit 893046 Tonnen und 25199 Mann Besatzung. Auf das Nordseegebiet entfallen von der Gesammtzahl 2645 Schiffe (1992 Segel- und 653 Dampfschiffe) mit 1275998 Tonnen und 32342 Mann Besatzung, auf das Ostseegebiet 1020 Schiffe (630 Segel- und 300 Dampfschiffe) mit 277904 Tonnen und 8642 Mann Besatzung. Von der Gesammtzahl 2622 Segelschiffe waren ihrem Hauptmaterial nach von Eisen 295, Stahl 143, Eisen und Stahl 6, hartem Holz 2001, weichem Holz 10, hartem und weichem Holz 151, hartem Holz und Eisen 12, weichem Holz und Stahl 1, hartem und weichem Holz und Eisen 3 Schiffe.

Der Bestand der als Seeschiffe registrirten deutschen Fischerfahrzeuge mit mehr als 50 Kubikm. Brutto-Raumgehalt betrug am 1. Januar 1895 im Nordseegebiet 282 Fahrzeuge mit 11944 Tonnen und 1617 Mann Besatzung gegen 260 Fahrzeuge mit 10011 Tonnen und 1477 Mann Besatzung am 1. Januar 1894; im Ostseegebiet 9 Fahrzeuge mit 346 Tonnen und 58 Mann Besatzung gegen 8 Fahrzeuge mit 301 Tonnen und 49 Mann Besatzung.

Die Anzahl der Schiffsunfälle an deutschen Küsten während des Jahres 1894 betrug 458. Hierbei sind gestrandet 115, gekentert 7, gesunken 18, zusammengestoßen 217 und anderen Unfällen zum Opfer gefallen 101 Schiffe. Gänzlich verloren in Folge der Unfälle sind 50 Schiffe, Personen sind dabei umgekommen 45.

Die Getreide-Einfuhr in das Deutsche Reich betrug im Oktober d. J. im Vergleich zum Vorjahre 1,532,811 (1,175,027) Doppelcentner Weizen, 860,524 (709,655) Doppelcentner Roggen, 210,526 (361,863) Doppelcentner Hafer, 1,146,385 (1,404,304) Doppelcentner Gerste, 125,922 (142,734) Doppelcentner Raps und Rübsaat, 458,732 (212,705) Doppelcentner Mais und Dari. Von Januar bis Ende Oktober wurden eingeführt: 11,445,377 (9,157,581) Doppelcentner Weizen, 7,894,501 (5,133,493) Doppelcentner Roggen. 2122,336 (3,547,589) Doppelcentner Hafer, 7,351,638 (8,586,893) Doppelcentner Gerste, 1,022,133 (1,231,758) Doppelcentner Raps und Rübsaat, und 2,394,083 (5,550,236) Doppelcentner Mais und Dari.

Auch eine Kriegserklärung. In einem ordnungsparlichen Blatte steht zu lesen:

„Am 26. November 1870, also vor 25 Jahren, wurde von den Abgeordneten Bebel und Liebknecht im Reichstage folgender Antrag eingebracht: „Der Reichstag wolle beschließen, den Anleihe-Entwurf abzulehnen und folgendes anzunehmen: „In Erwägung, daß der am 19. Juli von Louis Bonaparte, damals Kaiser der Franzosen, an Deutschland erklärte Krieg durch Besiegung der französischen Heere und Gefangennahme Louis Bonaparte's und Niederwerfung des französischen Kaiserreichs thatsächlich sein Ende erreicht hat, — in Erwägung, daß nach den eigenen Worten des Königs von Preußen, in der Thronrede und Proklamation an das französische Volk der Krieg deutschen Staaten nothwendig ein Vertheidigungskrieg und keiner gegen das französische Volk sei, — in Erwägung, daß der Krieg, welcher trotzdem seit dem 4. September geführt wird, im schroffsten Widerspruche mit der königlichen Proklamation steht, weil er nicht ein Vertheidigungs-, sondern ein Eroberungskrieg, nicht für die Unabhängigkeit Deutschlands, sondern die Unterdrückung der edlen französischen Nation geführt wird, beschließt der Reichstag, die Bewilligung der Gelder abzulehnen und fordert den Bundeskanzler auf, dahin zu wirken, daß unter Verzichtleistung auf jede Annexion französischen Gebietes mit der französischen Republik schleunigst Friede geschlossen werde."

Den Chauvinisten, die diese „Reminiszenz" aufgefrischt haben, sind wir dafür sehr dankbar.

Was bringt der Zuckersteuergesetzentwurf? Wir lesen darüber in der „B. V.": „Der Nettoertrag der Verbrauchsabgabe soll durch Erhöhung des Steuersatzes um ein Drittel, um 31½ Millionen Mark, emporgeschnellt werden. Von diesem Mehr sollen 20 Millionen Mark zur Erhöhung der den 400 Zuckersiedern gestifteten Ausfuhrprämien für Zucker verwandt und 11½ Millionen Mark der Reichskasse zugeführt werden.

Die Erhöhung der Verbrauchsabgabe um ein Drittel ist aber noch nicht die einzige Mehrbelastung des Zuckerkonsums. Die Ausfuhrprämien sollen mit der Erhöhung des Betrages von 10 auf 30 Millionen Mark mehr als verdreifacht werden. Jede Erhöhung der Ausfuhrprämie aber schraubt den Inlandspreis noch entsprechend weiter in die Höhe. Denn der Inlandskonsum muß den Verzicht des Zuckerproduzenten auf die Ausfuhr und die Ausfuhrprämien durch eine der Prämie entsprechende Preisofferte erkaufen. Zu der Erhöhung der Verbrauchsabgabe um 6 Mk. kommt also, sagt die „Freis. Ztg.", noch als Folge der erhöhten Ausfuhrprämien eine weitere Preissteigerung von über 3 Mk. in Betracht. Aus diesen beiden Faktoren ergiebt sich schon eine künftige Preissteigerung des Kilogramms Zucker um 9 bis 10 Pfennige.

Aber damit nicht genug! Es wird neben der erhöhten Verbrauchsabgabe eine Betriebssteuer eingeführt, die die einzelnen Zuckerfabriken nach Maßgabe der größeren Produktion mit progressiven Zuschlägen zur Verbrauchsabgabe belegt. Der Zuschlag beginnt mit 5 Pfennigen bei einer Produktion bis zu 5000 Doppelzentnern und steigt bei der Mehrproduktion mit je 5000 Doppelzentnern um weitere 5 Pfennige pro 100 Kilogramm. Auf diese Weise soll es den größeren Fabriken unmöglich gemacht werden, billiger zu produziren als die mit den Rübengütern zusammenhängenden Fabriken. Wer aber trägt die Nachtheile hieraus? Wiederum nur der Komment! Für die Produktionskosten maßgebend werden infolgedessen die höheren Fabrikkosten der mittleren und kleineren Betriebe.

Weiter! Mit den erhöhten Ausfuhrprämien wird eine automatische Einrichtung in Verbindung gebracht, dazu bestimmt, der Erhöhung der Zuckerproduktion, der Vermehrung der Zuckerfabriken Schranken zu setzen. Für die Bestreitung der Ausfuhrprämien wird ein Viertel des Ertrages der von 18 auf 24 Mk erhöhten Verbrauchsabgabe bestimmt. Ebenfalls zu diesem Prämienfonds fließt die Einnahme der erwähnten neuen Betriebssteuer. Reicht trotzdem der Fonds zur Bestreitung der Ausfuhrprämien nicht aus, so wird der Mehrbetrag im folgenden Jahre umgelegt auf die Zuckerfabriken, aber nicht nach Maßgabe der Gesammtproduktion derselben, sondern nach Maßgabe des Ueberschusses, der produzirt ist über ein den einzelnen Fabriken vorgeschriebenes Kontingent der Produktion. Dieses Kontingent wird für 1896/97 im ganzen auf 14 Millionen Doppelzentner bemessen und auf die einzelnen Fabriken vertheilt nach Maßgabe des Durchschnitts ihrer Produktion in den letzten fünf Jahren unter Weglassung der höchsten und der niedrigsten Jahreserzeugungsziffer. Die nach dem Inkrafttreten des Gesetzes neu errichteten Fabriken werden dabei besonders ungünstig behandelt, indem sie zunächst für ihre ganze Produktion kontributionspflichtig werden zu jenem Zuschußbedarf. Auch in den Betriebssteuern sind die neuen Fabriken ungünstiger gestellt. Auf diese Weise soll künstlich eine erweiterte Konkurrenz der Zuckerfabriken untereinander im Interesse der Zuckerpreise ferngehalten werden.

Die ganze Einrichtung ist also darauf zugeschnitten, den bestehenden Zuckerfabriken und den damit zusammenhängenden Rübengütern eine Art Realberechtigung zu gewähren zur Ausbeutung des Inlandkonsums und der Gesammtheit der Steuerzahler.

Da haben wir eine unvergleich starke Monopolstellung, ein staatlich konsolidirtes Kartell, der Millionen kleiner Steuerzahler einer Handvoll Junker und Junkergenossen ungeheure Gewinne in den Schooß wirft.

So fördert der Septemberkurs die Interessen der Reichsten der Reichen und muthet der Lammsgeduld des deutschen Volkes das Unglaubliche zu.

Dänemark.

Die Ausfuhr landwirthschaftlicher Produkte nach England wird augenblicklich hauptsächlich von der „Vereinigten Dampfschifffahrtsgesellschaft" via Esbjerg-Parkestone besorgt, wofür die Gesellschaft eine jährliche Subvention von 200000 Kr. erhält. Der Abgeordnete Neergard beklagte sich nun im Folkething über die Höhe der Fracht und die Langsamkeit der Beförderung und verlangte, daß der Staat den Betrieb übernehme. Der Sozialdemokrot Holm und mehrere Redner der Linken unterstützten diesen Antrag und verlangten Verstaatlichung der Linie Esbjerg-Parkestone. Der Minister des Innern wies darauf hin, daß der Staatsbetrieb aus finanziellen Gründen undurchführbar sei; es würden allerdings jährlich für 118 Mill. Kr. Butter und für 92 Mill. Kr. Speck nach England ausgeführt, allein von der Butter würden nur 9 pCt. und von dem Speck nur 23 pCt. auf der Linie Esbjerg-Parkestone befördert. Dagegen sei der Minister geneigt, den im genannten Betriebe herrschenden Mängeln abzuhelfen und auch anderen Dampfschiffsgesellschaften Staatsunterstützung zu gewähren. Die Frage wurde dann dem Finanzausschusse überwiesen, der sich wahrscheinlich aber der Verstaatlichung des Betriebes widersetzen wird.

Oesterreich-Ungarn.

Die österreichischen Liberalen entmannen sich immer mehr. So wird aus Wien gemeldet, daß das Abgeordnetenhaus mit 120 gegen 51 Stimmen die Auslieferung Dr. Lueger's wegen Ehrenbeleidigung beschlossen habe. Die „Auslieferung", d. h. Entziehung der parlamentarischen Unverletzlichkeit hat das österreichische Abgeordnetenhaus, abgesehen von einem Falle, wo es sich um die Beschuldigung des betrügerischen Bankrotts handelt, stets verweigert! Dem Führer der Antisemiten gegenüber verliert der österreichische Liberalismus den letzten Rest von Scham.

Lübeck und Nachbargebiete.

29. November.

Das Reichsgericht hat gestern die Revision, welche der Verantwortliche d. Bl., Gen. Otto Friedrich, gegen das Urtheil vom 28. September d. Js. eingelegt hatte, verworfen. Dadurch hat das Urtheil Rechtskraft erlangt.

Wegen der Volkszählung fällt am Montag in den hiesigen Schulen der Unterricht aus. Der größte Theil der Lehrer ist als Zähler beschäftigt.

Die Verwaltung der Armenanstalt hat ihren Bericht für den Zeitraum vom 1. Januar 1894 bis zum 31. März 1895 veröffentlicht. Wir entnehmen demselben folgende Angaben: Die Ergebnisse der verflossenen Rechnungsperiode werden als günstige bezeichnet. Während die Einnahmen — sie betrugen 187 511,31 Mark — den Voranschlag um 3 604,17 Mk. überschritten haben sind die Ausgaben — 169 293,14 Mk. — um 15 614 Mk. unter demselben geblieben, sodaß nach Abzug des veranschlagten Defizits von 3000 Mk. mit einem Ueberschuß von 18 218,17 Mk. abgeschlossen werden konnte. Die Mehreinnahme ist herbeigeführt durch den höheren Ertrag einzelner Positionen, z. B. Zinsen, Zeitpacht Grundhauern, Vergnügungssteuern, Hundesteuer und Erbschaften Nicht unwesentlich hat zu dem günstigen Ergebnisse der vorliegenden Rechnungsperiode beigetragen, daß in derselben die im Januar zahlfällige Hundesteuer fast für 2 Jahre nur 19 768,56 Mk. zur Hebung gelangte. Der Kapitalbestand der Armenanstalt beträgt 1 382 841,02 Mk. In der Zeit vom 1. Januar 1894 bis 31. März d. Js. wurden insgesammt 1591 Personen unterstützt An der Unterstützung der 1591 Personen hatten indirekt Antheil 237 Ehefrauen und 842 im Hause der Eltern befindliche Kinder Die Gesammtzahl aller Personen, welche auf dem Konto der Verpflegung in der Zeit vom 1. Januar 1894 bis zum 31 März d. J. eine Unterstützung empfangen, betrug 2640 oder (bei einer angenommenen Seelenzahl von 68 850) 2,83 pCt. der Bevölkerung gegen 3,06 pCt. im Jahre 1893. — Im Armen-Arbeits

hause befanden sich am 1. Januar 1894 106 Personen (92 m., 14 w.); bis zum 31. März wurden aufgenommen 53 Personen (140 m., 19 w.), sodaß im Ganzen 159 Personen verpflegt wurden. Davon wurden entlassen 16 Personen (14 m., 1 w.) und es starben 14 Personen (11 m., 3 w.) Am 31. März d. J. verblieben in der Anstalt 130 (115 m., 15 w.) Personen.

Ueber die Kinderpflegeanstalt bringt der Verwaltungsbericht der Armenanstalt folgende Angaben: Am 1. Januar 1894 befanden sich in der Anstalt 114 Kinder (58 Knaben und 56 Mädchen). Bis zum 31. März 1895 wurden 21 Knaben und 20 Mädchen aufgenommen. Im Ganzen also wurden 158 Kinder verpflegt. Es schieden aus 35 Kinder, die anderswo Aufnahme fanden, und 10 Kinder, welche starben; so daß am 31. März d. J. 113 Kinder (57 Knaben, 56 Mädchen) verblieben. Von denselben befanden sich im Alter unter 1 Jahr 14 Kinder, im Alter von 1–3 Jahren 33 Kinder, im Alter von 5–10 Jahren 32 Kinder, und über 10 Jahre 34 Kinder. Die Aufnahme der 41 Kinder während der Berichtsperiode mußte aus folgenden Gründen erfolgen: a) bezüglich der ehelichen Kinder: 1 Kind, weil sich die Eltern der Fürsorge entzogen hatten; 2 Kinder, weil die Mutter verstorben war und der Vater sich zur Ernährung der Kinder außer Stande zeigte; 1 Kind, weil beide Eltern verstorben waren und 1 Kind weil der Vater sich heimlich von hier entfernt hatte und die Mutter verstorben war; b) bezüglich der unehelichen Kinder: 34 Kinder, weil die Mütter dieselben nicht ernähren konnten, davon 21 gleich nach der Geburt, 2 Kinder, weil die Mutter verstorben war und 3 Kinder, weil die Mutter erblindet und zur Erziehung der Kinder außer Stande war.

Weihnachtssendungen. Das Reichspostamt richtet auch in diesem Jahre an das Publikum das Ersuchen, mit den Weihnachtssendungen bald zu beginnen, damit die Packetmassen sich nicht in den letzten Tagen vor dem Feste zu sehr zusammendrängen, wodurch die Pünktlichkeit in der Beförderung leidet. Die Packete sind dauerhaft zu verpacken. Dünne Pappkasten, schwache Schachteln, Zigarrenkisten 2c. sind nicht zu benutzen. Die Aufschrift der Packete muß deutlich, vollständig und haltbar hergestellt sein. Kann die Aufschrift nicht in deutlicher Weise auf das Packet gesetzt werden, so empfiehlt sich die Verwendung eines Blattes weißen Papiers, welches der ganzen Fläche nach fest aufgeklebt werden muß. Bei Fleischsendungen und solchen Gegenständen in Leinwandverpackung, welche Feuchtigkeit, Fett, Blut 2c. absetzen, darf die Aufschrift nicht auf die Umhüllung geklebt werden. Am zweckmäßigsten sind gedruckte Aufschriften auf weißem Papier. Dagegen dürfen Formulare zu Post-Packetadressen auf Packetaufschriften nicht verwendet werden. Der Name des Bestimmungsortes muß stets recht groß und kräftig gedruckt oder geschrieben sein. Die Packetaufschrift muß sämmtliche Angaben der Begleitadresse enthalten, zutreffendenfalls also den Frankovermerk, den Nachnahmebetrag nebst Namen und Wohnung des Absenders, den Vermerk der Eilbestellung u. s. w., damit im Falle des Verlustes der Begleitadresse das Packet auch ohne dieselbe dem Empfänger ausgehändigt werden kann. Auf Packeten nach größeren Orten ist die Wohnung des Empfängers, auf Packeten nach Berlin auch der Buchstabe des Postbezirks (C., W., SO. u. s. w.) anzugeben. Zur Beschleunigung des Betriebes trägt es wesentlich bei, wenn die Packete frankirt aufgeliefert werden; die Vereinigung mehrerer Packete zu einer Begleitadresse ist thunlist zu vermeiden.

Zum Armenarzte für den 1. Krankendistrikt ist für die Dauer von 6 Jahren vom 1. Januar 1896 an Dr. med. H. K. Pöe erwählt worden.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns O. P. Dieck, alleinigen Inhabers der Firma Gebr. Dieck in Lübeck, ist Termin zur Prüfung nachträglich angemeldeter Forderungen auf den 10. Dezbr., Vormittags 11 Uhr anberaumt.

Die Erbauung eines Dampfsägewerkes wird, wie sich die „Eisenbahnzeitung" mittheilen läßt, von einer größeren hiesigen Holzfirma geplant. Es sollen bereits mit der Behörde Verhandlungen über die Platzfrage im Gange sein, ebenso sind (nach der Mittheilung) die Maschinen in Norwegen bereits in Auftrag gegeben worden.

Beendigte Reparatur. Der Dampfer „Marie Louise," dessen Kessel auf der Aktienfabrik reparirt wurden, hat gestern von der genannten Fabrik nach den neuen Quai beim hydraulischen Krahn und von dort nach Schuppen Nr. 19 zum Laden verholt. Der Dampfer wird mit einer Ladung Baumwolle nach Reval gehen.

Lebensmüde war jedenfalls ein Arbeiter, der am Mittwoch Abend in der Nähe der Dankwartsbrücke in die Trave sprang. Von mehreren Vorübergehenden wurde der Arbeiter jedoch dem nassen Element entrissen.

Verschärfte Fabrikordnung. Durch Anschlag wurde in der vergangenen Woche auf dem Tremser Eisenwerk bekannt gegeben, daß von jetzt ab das Fabrikthor bereits um 6 Uhr geschlossen werde und daß für Zuspätkommen 50 Pf. Strafe zu zahlen sei. Gleichzeitig wurde wegen des Zuspätkommens zur Arbeit mit der Einführung der elfstündigen Arbeitszeit gedroht. Früher wurde das Fabrikthor erst 5 Minuten nach 6 Uhr geschlossen und mußten später Eintreffende 10 Pf. Strafe zahlen. Der Uebermuth des Fabrikantenthums wird immer größer. Die Rechte der Arbeite dagegen werden immer mehr beschnitten.

Die Explosion des Gaskandelabers auf dem Lindenplatz ist, wie wir erfahren, durch ein Versehen des Laternenwärters herbeigeführt. Derselbe hatte den Haupthahn zu früh geöffnet. Es soll nämlich, bevor dieser geöffnet wird, erst die den ganzen Tag über niedrig brennende Anzündeflamme hochgedreht werden. Durch das zu frühe Oeffnen war nun dem Haupthahn eine Menge Gas entströmt, das dann die Explosion veranlaßte. Da die neuen Scheiben für den Kandelaber erst in Berlin bestellt sind, wurden an dem Kandelaber provisorisch zwei Gasarme mit gewöhnlichen Brennern angebracht.

Arbeiterrisiko. Auf einem durch den Maurermeister Uter aufgeführten Neubau der Hansa-Brauerei — es wird ein Pferdestall gebaut — ereignete sich gestern Vormittag durch den Bruch eines Menzbaumes ein bedauerlicher Unglücksfall. Die Arbeiter Ahlers, Meth und Nehls waren mit dem Steine tragen beschäftigt und hatten gerade jeder eine Tracht Steine auf das Gerüst gebracht. Die Steine wurden ihnen oben durch den Maurer Frost abgenommen. Als erst die zweite Tracht Steine abgenommen war, brach dicht an der Mauer der Menzbaum, auf welchem die Last ruhte. Nehls, Ahlers und Frost stürzten von dem ca. 8 Meter hohen Gerüst in die Tiefe, während es Meths noch gelang, sich oben festzuhalten. Frost und Ahlers wurden sofort in das Allgemeine Krankenhaus überführt, während Nehls sich zu Fuß nach seiner, in der Sedanstraße belegenen Wohnung begeben konnte. Bei dem Arbeiter Ahlers scheinen die erhaltenen Verletzungen nicht allzu schlimmer Natur zu sein, dagegen klagt Frost über heftige Schmerzen in der Brust und steht es noch nicht fest, ob er etwa innere Verletzungen davongetragen hat. Nehls hat eine Verletzung über dem rechten Auge davon getragen. Auch dieser klagt über Kopfschmerzen. Im Uebrigen hat Nehls ebenfalls an den Händen und Füßen leichtere Verletzungen davongetragen. Dieser Fall zeigt wieder so recht, in welcher Gefahr sich die Arbeiter täglich befinden und wie nothwendig die Errichtung einer Bauinspection ist, ähnlich der Gewerbe- und Fabrikinspektion.

An freiwilligen Arbeitern waren im Jahre 1894/95 34 im Armen-Arbeitshause und 2 außerhalb desselben beschäftigt. Die von diesen geleisteten Arbeiten haben einen Gewinn von 5591,97 Mk. erbracht. Die 34 freiwilligen Arbeiter — und zwar 28 Männer und 6 Frauen — waren an 6259 Arbeitstagen im Arbeitshause beschäftigt. Die Männer hatten 4903 Tage, also jeder durchschnittlich 175,1 Tage, die Frauen 1356 Tage, jede durchschnittlich 226 Tage gearbeitet. Jene vereinnahmten dafür 6340,80, also täglich pro Kopf 1,29 Mk., diese 1557,38 Mk., also täglich pro Kopf 1,148 Mk. Der Durchschnittsverdienst des einzelnen Arbeiters ohne Rücksicht auf Geschlecht betrug 1,262 Mk. (gegen 1,195 Mk. im Jahre 1893).

Im hiesigen Asyl für Obdachlose wurden vom 1. Januar 1894 bis zum 31. März 1895 aufgenommen und nach Maßgabe der Bedingungen verpflegt: 55 Personen (3 Männer, 29 Frauen, 23 Kinder).

Sachbeschädigung. Ein auf der Reise befindlicher Schlachtergeselle schlug gestern zwei Fensterscheiben des Kanzleigebäudes ein. Aller Wahrscheinlichkeit nach war es der Schlachter, welcher verhaftet wurde, nur darum zu thun, ein Obdach zu bekommen.

-s **Schwartau.** Schon seit Jahren wurden hier Morgens die Brodbeutel in großer Menge gestohlen, ohne daß man den Thäter fassen konnte. In dieser Woche ist es nun endlich gelungen, den Thäter in der Person einer in Resefeld wohnenden Bäckersfrau zu ermitteln; gegen dieselbe ist Anzeige erstattet.

In Hamburg haben am Mittwoch Senat und Bürgerschaft aus Anlaß der Loigny-Gedenkfeier 70 000 Mk. bewilligt, und zwar sind 20000 Mk. als „Ehrengeschenk" für das Regiment, 10000 Mk. als Kosten für die Gedenkfeier und 40000 Mk. zum Besten nothleidender Veteranen dieses Regiments bestimmt. Außerdem wurden in Hamburg von privater Seite für diese Veteranen bisher 120 000 Mk. gesammelt. — Der offiziöse Draht berichtet nun aus Anlaß dieser Bewilligungen noch über einen Zwischenfall, der die Senatskreise recht unangenehm zu berühren scheint. Nach der Hamburger „Freien Presse", einem freisinnigen Organ, (Eugen Richter macht sie flugs zum sozialdemokratischen) sollte Bürgermeister Versmann zu einem Mitglied der Linken geäußert haben, die Bürgerschaft müsse der Bewilligung von 70 000 Mk. zur Loigny-Feier zustimmen, um den in Berlin herrschenden militärischen Neigungen zu entsprechen und weil es für Hamburgs Unabhängigkeit wünschenswerth sei. Darauf antwortete Dr. Versmann in einer Erklärung, daß er derartige Aeußerungen, „welche mit den an höchster Stelle herrschenden mir wohlbekannten Meinungen nicht weniger als mit meiner Auffassung von der Stellung Hamburgs im Deutschen Reiche in vollstem Widerspruche stehen", zu keiner Zeit und gegen Niemanden gethan habe.

Hamburg. Ein sehr hartes Urtheil fällte, wie bereits kurz gemeldet, die unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Burchard tagende dritte Strafkammer, indem sie den Buchdruckereibesitzer Fr. Meyer wegen Beleidigung des Hamburger Senats zu acht Monaten Gefängniß verurtheilte. Meyer hatte das verspätete Erscheinen einer Nummer des in seinem Verlag erscheinenden Blattes „Der Arbeiter" entschuldigen müssen und that dies durch eine Notiz an der Spitze des Blattes, worin auf die Einsetzung des Sedantages als bürgerlichen Feiertag hingewiesen wurde. Diese Notiz war inkriminirt: in ihren drei bis vier Zeilen sollte enthalten sein erstens eine verleumderische Beleidigung des Senats und zweitens eine Verächtlichmachung von Anordnungen der Obrigkeit — gewiß alles Mögliche. Unser Laienvorstand hat, so bemerkt das „Echo", nachdem wir uns den authentischen Wortlaut der Notiz verschafft, darin kein anderes Vergehen entdecken können, als das des — schlechten Stils, der aber bisher selbst in Deutschland nicht strafbar ist. Die Anklagebehörde aber fand darin vor Allem eine Beleidigung des Senats. Bedauerlicherweise sind wir bei dem gegenwärtigen Stande unserer Rechtsprechung nicht in der Lage, die Notiz zum Zweck des besseren Verständnisses im vollen Wortlaut wiederzugeben, müssen uns daher auf Andeutungen beschränken, um zu ermöglichen, sich ein Urtheil über die Schwere des Vergehens zu machen. Im Zusammenhang mit der Erhebung des Sedantages zu einem bürgerlichen Feiertag war in der Notiz die Rede von der „Feier der Hinschlachtung von Tausenden braver Arbeiter". Daraus ist nun geschlußfolgert worden, daß in der Notiz dem Senat für die Festsetzung des Feiertages Motive unterschoben seien, die er nicht hatte. Wir müssen gestehen, daß wir eine solche „Unterschiebung" durchaus nicht darin entdecken können. Sollte man Meyer wirklich zugetraut haben, durch die Notiz andeuten zu wollen, der Senat habe wegen der Tausenden von Gefallenen den Feiertag angeordnet? Wenn diese Annahme Anlaß zur Einleitung des Strafverfahrens gegeben haben sollte, so müssen wir dem gegenüber versichern, daß darin ein Irrthum obwaltete. Solch neronischer Gefühle halten wir Niemand für fähig. Was Meyer hat ausdrücken wollen und was in besserem Stil verschiedentlich gesagt worden, ist die unmaßgebliche Ansicht, daß sich der Jahrestag einer Schlacht nicht zum Feiertag eignet, weil fühlende Menschen sich dabei des Gedenkens der vielen gefallenen Opfer nicht enthalten können. Darum ist es uns auch schwer begreiflich, weshalb der Senat, soweit es ihn anging, die Klage zuließ. Der Prozeß bietet übrigens mancherlei Vergleichspunkte mit dem jüngst in Berlin geführten Majestätsbeleidigungsprozeß gegen die Redakteure des „Vorwärts".

Plön. Selbstmord. Der Lehrer Meier an der Bürgerschule zu Plön hat seinem Leben durch Erhängen ein Ende gemacht. Gegen denselben sollte Amtssuspension und gerichtliche Untersuchung eingeleitet werden.

Kiel. Ein trübes Bild aus der Besten aller Welten entrollte jüngst eine Strafkammersitzung. Ein schon 49 Mal wegen Uebertretung vorbestraftes Kontroll-Mädchen war am 7. November vom Schöffengericht in Rendsburg zu 3 Wochen Haft verurtheilt. Weil nicht auf Ueberweisung erkannt wurde, legte die Amtsanwaltschaft Berufung ein. Die angeklagte Prostituirte gab an, daß sie zwei Kinder zu ernähren hat und dafür wöchnetlich 8 Mk. bezahlen muß, welche Summe sie durch ihre Hände Arbeit nicht aufbringen konnte. Sie hat deshalb versucht, in Rendsburg von Neuem unter Kontrolle zu kommen. Das Berufungsgericht erkannte an, daß die Angeklagte durch ihre Verhältnisse gezwungen war, ihrem, wenn auch schmutzigen Gewerbe nachzugehen, weshalb von der Ueberweisung abgesehen und die Berufung der Amtsanwaltschaft verworfen wird. Damit ist die Nothwendigkeit der Prostitution und ihrer Auswüchse auch durch ein richterliches Urtheil anerkannt.

Itzehoe. Wegen Sitten-Verbrechens verurtheilte die hiesige Strafkammer den Schuhmacher, früheren Steuerbeamten, Petersen zu 1 Jahr Zuchthaus. Derselbe ist vor wenigen Jahren wegen desselben Verbrechens schon zu 2 Jahren Gefängniß verurtheilt worden.

Flensburg Der dänische Schauspieler Karl Marx hat an das Ministerium des Aeußeren in Kopenhagen das Gesuch gerichtet, bei der deutschen Regierung eine Entschädigung für ihn zu erwirken, weil die gegen ihn verhängte Untersuchungshaft in Sonderburg widerrechtlich verfügt worden sei.

Bremen. Die Dampfschifffahrtsgesellschaft „Neptun" eröffnet der „Weserzeitung" zufolge im Frühjahr eine für Westphalen's Industriegegend besonders wichtige regelmäßige Dampferfahrt zwischen Leer, Danzig und Königsberg.

Neueste Nachrichten.

Berlin. Der Bundesrath hielt am Donnerstag eine Plenarsitzung ab. Er stimmte dem Ausschußberichte über den Gesetzentwurf betreffend die Feststellung des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Etatsjahr 1896/97 zu. Ferner wurde die Zustimmung ertheilt dem Ausschußberichte über Entwürfe von Etats zum Reichshaushaltsetat für 1896/97 und zwar des Auswärtigen Amtes und der Reichsschuld sowie über Gesetzentwürfe, betr. die Feststellung des Reichshaushalts für 1896/97 und die Aufnahme einer Anleihe für Zwecke der Verwaltung des Reichsheeres, der Marine usw.

Dortmund. Wegen Münter-Beleidigung verurtheilte die hiesige Strafkammer den Redakteur der hier erscheinenden „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Ztg.", Hans Block, zu 4 Wochen Gefängniß.

Köln. Die Reichstagsersatzwahl in der Stadt Köln für den verstorbenen Zentrumsabgeordneten Greiß ist, nach der „Frkf. Ztg.", auf den 13. Januar, die Landtagsersatzwahl auf den 10. Februar anberaumt.

Sonneberg. Wegen Majestätsbeleidigung wurde der Glasbläser Oskar Karl zu Haselbuch zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt.

Paris. Alexander Dumas (Sohn) ist Mittwoch in Marly gestorben. Dumas ist hervorragend bekannt durch seine „Camieliendame".

Newyork. Die größte Singspielhalle der Welt ist unter dem Namen „Olympia" am Mittwoch Abend in Newyork eröffnet worden. Es waren wohl 15 000 Menschen anwesend. Donnerstag explodirte der Kessel der Zentralheizung. Die Explosion richtete ganz bedeutenden Schaden an, sechs Personen wurden dabei getödtet.

Lübecker Getreidepreise.

27. November.

Nach Qualität und holländischem Gewicht per 200 Pfund

Weizen . .	13	Mk.	—	Pf	bis	13	Mk.	50 Pf.
Roggen . . .	11	„	50	„	„	12	„	— „
Gerste . . .	11	„	—	„	„	11	„	50 „
Hafer	11	„	—	„	„	11	„	50 „
Erbsen	12	„	—	„	„	12	„	50 „
Gelbe Kocherbsen	14	„	—	„	„	14	„	— „
Grüne „	14	„	—	„	„	14	„	— „

Sternschanz-Viehmarkt.

Hamburg, 28. November.

Der Schweinehandel verlief langsam.

Zugeführt wurden 1520 Stück, davon vom Norden — Stück, vom Süden — Stück. Preise: Versandtschweine schwere 44—46 Mk., leichte 43—45 Mk., Sauen 36—40 Mk. und Ferkel 42—44 Mk. pr. 100 Pfd.

Angekommene und abgegangene Schiffe in Travemünde.

Angekommen:

Donnerstag, den 28. November.

10,— V. Anna Kirstine, Bayer, von Hasle in 6 Tg.
10,— V. Alexandra, Michelsen, von Landskrona in 8 Tg.
10,— V. Marie, Nielsen, von Kiel in 8 Tg.
10,55 V. D. Jyden, Lund, von Malmö in 15 St.
12,45 N. D. L. Torstenson, Aström, von Oscarshamn in 34 St.
1,15 N. D. Fehmarn, Schacht, von Fehmarn in 4 Std.
2,35 N. D. Stella, Rasmussen, von Marstrand in 33 Std.
2,45 N. D. Halmstad, Lundin, von Kopenhagen in 12 St.
6,45 N. Pauline, Madsen, von Landskrona in 1 Tg.
9,— N. Alti, Karlson, von Kronstadt in 3 Tg.
9,10 N. D. Afrika, Anderson, von Kotka in 3 Tg.

Freitag, den 29. November.

6,55 V. D. Halland, Peterson, von Kopenhagen in 14 St.
8,45 V. D. Dagmar, Zimmermann, von Riga in 60 St.
9,10 V. Julius, Anderson, von Hernösand in 24 St.
10,— V. Jupiter, Anderson, von Sundswall in 15 Tg.

Abgegangen:

Donnerstag, den 27. November.

9,— V. D. Linnea, Nyberg, nach Helsingfors.
9,15 V. D. Blythwood, Burn, nach Memel.
9,40 V. D Hansa, Schmalfeldt, nach Libau.
10,40 V. D. Falke, Ehler, nach Fehmarn.
2,40 N. D. Gustav Wasa, Svedberg, nach Gefle.
4,15 N. D. Jyden, Lund, nach Stettin.
6,— N. D. Orion, Larsson, nach Kopenhagen.

Freitag, den 29. November.

8,30 V. D. Thor, Madson, nach Nakskov.
8,45 V. D. Nautilus, Förster, nach Reval.

Wind und Wasserstand in Travemünde 8 Uhr. V.: 6,48 m. OSO., frisch.

Schiffsbewegung in der Ostsee.

D. Alice Krohn ist am 28. November von Pernau kommend Gent angelangt.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im „Lübecker Volksbote" inseriren, zu berücksichtigen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

---

2 gut erhaltene Nähmaschinen
eine Hand- und eine Fußbetrieb, eine **Herrenschneidermaschine „Titania"** spottbillig zu verkaufen. Königstraße 74.

Zu verk. ein 4rädriger Kastenwagen
ohne Federn. Elswigstraße 6a.

Sonntag den 1. Dezbr. steht eine große Parthie **Ferkel** beim Gastwirth **Dietz,** Marlystraße, zum Verkauf.

Zu kaufen gesucht
Weidenruthen zum Korbmachen.
Hüxterthor-Allee 21/4.

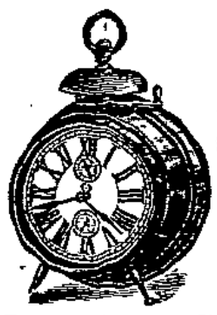
Gesucht 50 Stück Kanarien-Weibchen.
Off. mit Preisang. unt. **K S 22** an d. Exp. d. Bl.

Ein junges Mädchen sucht Stellung als **Verkäuferin.**
Offerten unt. **L D 57** an die Exped. d. Bl.

Zu sofort ein freundliches **Logis** zu verm. Friedenstraße 38, 2. Etage.

Zu miethen gesucht eine **Tischlerwerkstelle** vor dem Hüxter- oder Mühlenthor. Offerten unter **Y Z** an die Exped. d. Bl. erbeten.

Verloren ein **Aufsatz zum Theeschrank** von der Lindenstraße bis Düstere Querstraße. Abzugeben gegen Belohnung Düstere Querstraße 13, part.



LAGER
aller Arten Uhren
unter 3jähriger Garantie zu **sehr billigen Preisen.**
Uhren reinigen 1,50 Mk.
Federn einsetzen 1,50 Mk.
Th. Köhler,
Uhrmacher,
Untertrave 70, Ecke Fischergrube.

Zur Schlachtzeit empfehle
sauber gereinigte getrocknete [5516
Schloß- u. Kranz-Rinderdärme
sowie ganze und gem. **Gewürze.**
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Schwarzbrod
aus reinem Roggen, sowie jeden Sonntag:
Frische Berliner Pfannkuchen
und alle Sorten
Kaffeebrod
empfiehlt die **Bäckerei** von
W. Gülsdorf, Elswigstraße 6a.

Gute Eier, 5 Stück 30 Pfg.
Frische Meierei-butter, Pfd. 1, 1,10 Mk.
ff. Margarine, Pfd. 60, 65 u. 70 Pf.
Geräucherte Landmettwurst, Pfd. 1 Mk.
Rauchfleischstücke, Pfd. 75 Pf.
Fett. u. durchw. Speck, Pfd. 60 u. 70 Pfg.
ff. Tilsiter Käse, Pfd. 45, 60, 80 Pf
ff. Schmalz, Pfd. 45 und 55 Pf.
ff. Grieben-schmalz, Pfd. 60 Pf., empfiehlt
J. C. W. Blöss, J. F. D. Götke Nachf.,
Kupferschmiedestraße 7.

Lagler's Feueranzünder
Packet **10** Pf. empfiehlt [5519
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Fruchtsäfte
Kirschsaft (eigner Presse), 40 und 60 Pf. per Flasche, **Himbeersaft, Johannisbeersaft** empfiehlt
M. Glück, Hüxstraße 94, Ecke Balauerfohr.

M. Lahrtz, Böttcherstraße
empfiehlt
Schweinefleisch, Pfd. 55 Pfg., Bratenstücke und Karbonade, Pfd. 60 Pf., fetten Speck, Pfd. 60 Pf., mageren Speck, Pfd. 70 Pfg., Schmalz, Pfd. 40 und 60 Pfg., Kopffleisch, Pfd. 30 Pfg., geräuchertes Schweinefleisch, Pfd. 65 Pfg., 2c.

Anerkannt feinste
MARGARINE
1 Pfd. 70 Pf., 2 Pfd. 1,35 Mk., bei mehr entsprechend billiger, stets frisch.
Königstraße 24. H. Hammer.

Schenertücher (Fendel)
nur gute haltbare Tücher von **20** Pf. an. [5518
Obertrave 8. Ludw. Hartwig.

Zahnschmerzen
werden schnell und sicher beseitigt.
Frau Elise Düffer, Hüxstrasse 40.

Markthalle.

Vielfach seitens des geehrten Publikums mir entgegengebrachten Wünschen Rechnung tragend, werde ich von Sonnabend den 30. November ab in der

Markthalle, Stand Nr. 14

vorzugsweise am **Mittwoch und Sonnabend** der Woche eine Filiale meiner

Herings-, Delikatessen- und Conservenhandlung

eröffnen und bitte mein neues Unternehmen gütigst unterstützen zu wollen.
Daselbst werden auch Bestellungen entgegengenommen.

Hochachtungsvoll

Telephon Nr. 260. **Heinrich Koop,** Otto Schweichler Nachf.
Marktstiefe 4.

Ludw. Hartwig's Kaffee schmeckt am Besten.

Riesen 50 Pf. Bazar
LÜBECK
51 Breitestraße ✖ Breitestraße 51

Billig! Billig!

empfiehlt
sein reichhaltiges Lager
in:
Glas-, Porzellan-, Blech-, Emaille-, Korb-, Bürsten-, Besenwaaren
und alle übrigen
Haushaltungs-Artikel.

Besonders mache aufmerksam auf
Spielwaaren
worin ich die **größte Auswahl** biete und welche ich zu **billigsten** Preisen verkaufe.

Viele Neuheiten
sind eingetroffen.

Streng reelle, coulante und aufmerksame Bedienung.

Prinzip:
Grosser Umsatz, kleiner Nutzen.

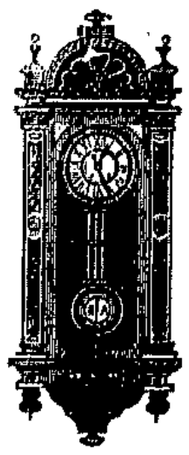
Das illustrirte
Buch der Erfindungen.

Eine geschichtliche und technische Darstellung
aller Erwerbs- und Produktionszweige, unter besonderer Berücksichtigung der heutigen Technik und Großindustrie, sowie des heutigen Weltverkehrs.
Unter Mitwirkung namhafter (im Werke aufgeführter) Fachmänner herausgegeben von
J. G. Vogt.
In wöchentlichen Lieferungen à 10 Pfennige.
(Kann auch in 50 Pfg.-Heften bezogen werden).
Das Werk wird in **6 Bänden** komplett, ist **vorzüglich ausgestattet** und enthält über
3000 Illustrationen
sowie prachtvoll ausgeführte Tonbilder, Beilagen u. s. w.
Zu beziehen durch:
Friedr. Meyer & Co., Verlag des Lübecker Volksboten,
Große Altefähre 35/37.

---

20 Schmiedestraße Neue Welt Schmiedestraße 20

Heute Sonnabend den 30. November 1895:
Grosses Abschieds-Concert
der oberbayerischen **Alpen-Sänger- und Schuhplatt'-Tänzer-Gruppe D'Oberlandler** in Gebirgstracht, unter Leitung des königl. konservatorisch geprüften **Zither-Virtuosen** Herrn **L. Kress.**
Anfang 4 Uhr. **Programm 10 Pf.**



Regulateur
Stand-, Wecker- und
Taschenuhren
empfehle zu sehr billig. Preise
Uhren reinigen 1,50 M
1 Jahr Garantie.
Federn einsetzen 1,50 M
Uhrgläser, In., 30 Pf.
Uhrketten
in großer Auswahl.
Aug. Büttner, Uhrmache
32 Hüxstraße 32.

Große Auswahl
in
Sophas
mit schwarz und farbigem Bezug
von 25 Mark an
empfiehlt
Folckers Möbel-Magazi
25 Marlesgrube 25.

A. L. Mohr's FF Margarin
1 kl. Steingutteller mit 1 Pfd. **70 Pf.**
1 gr. do. do. 2 Pfd. Mk. **1,40**
bei [5517] **Ludw. Hartwig**

Cognac u. Rum
ganze Flasche
Mk. 1,— und theurer
empfiehlt
Gustav Magaard
obere Hüxstraße 14.

Club Fidelitas.

Berathungs-Abend
am Montag den 2. Dezember,
Abends **9** Uhr,
im Club-Lokal.
T.-O.: Abrechnung; Wahlanträge; **Maskenball;** Verschiedenes.
Der Vorstand.

BALL
der
Bierfahrer und Arbeiter der Lück'schen Brauerei
am
Sonntag den 1. Dezember 189
in der
Friedrich-Franz-Halle.
Anfang 4 Uhr. Ende 2 Uhr.
Eintritt 60 Pfg.
Hierzu laden ergebenst ein **W. H. J. P**

Restaurant Otto Gennburg
44 Beckergrube 44.
Sonnabend den 30. November:
Gr. Abschieds-Concert
der beliebten **Damen-Instrumental-Kapell „Libussa".**
Anfang 7 Uhr. **Eintritt frei.**

Verschiessen
von fetten Gänsen, Karpfen 2c
am Montag den 2. Dezember 1895
Untertrave 60.
Ergebenst
C. Stender und **F. Meggersee.**

Ausspielen
v. fett. Gänsen, Rauchfleisch u. Karpfe
auf meinem Ziehbillard
am Sonnabend den 30. Novbr. 189
Beginn **9** Uhr Vorm. — Einsatz **50** Pf.
Ergebenst
C. Kaiser, Kl. Altefähre 23

Stadttheater in Lübeck
Sonnabend den 30. November:
Außer Abonnement. Opernpreise.
Anfang 7 Uhr.
Zweites und letztes
Gastspiel der Kgl. Sächs. Hofschau spielerin Frl. Pauline Ulric
Das Glas Wasser.
Lustspiel in 5 Akten von Scribe.
Herzogin von Marlborough — Frl. **Paulin Ulrich** als Gast.

Verantwortlicher Redakteur: Otto Friedrich. Verlag: Theodor Schwartz Druck von Friedr. Meyer & Co., sämmtlich in Lübeck.

Beilage zum Lübecker Volksboten.

Nr. 280. Sonnabend, den 30. November 1895. 2. Jahrgang.

Rede des Genossen Dr. Viktor Adler vor den Geschworenen.

(Schluß.)

Dienstag ist eine Krise eingetreten, Mittwoch hat der Statthalter die Polizei zurückgezogen, die Gensdarmerie und das Militär verschwanden vom Schauplatz. Von dem Moment an, da die bewaffnete Macht fort war, ist auch nicht der leiseste Versuch auch nur einer Uebertretung des Gesetzes vorgekommen. Von dem Moment an war draußen Ruhe und Ordnung.

Die Unternehmer kommen zum Statthalter und verlangen Polizei und Militär. Er weist sie ab, weil sie nicht bedroht sind, und sichert ihnen Schutz zu für den Fall, daß sie wirklich bedroht werden. In den Lohnkampf selbst hat sich die politische Behörde nicht einzulassen. Das wird am selben Tag erklärt, an dem die inkriminirte Notiz erscheint und konfiszirt wird. Am Mittwoch gehen Abgeordnete nach Inzersdorf hinaus, am Donnerstag bringt Abgeordneter Pernerstorfer einen Dringlichkeitsantrag im Parlament ein, in dem die Regierung aufgefordert wird, die Dinge zu untersuchen und dem Hause darüber zu berichten. Minister Bacquehem erklärt, er weiß, daß die Sachen so stehen, aber die Behörden können nichts machen, weil die Wienerberger Ziegelfabriksgesellschaft fortwährend rekurrirt. Die Zustände zählen zu den schlechtesten in Oesterreich, alle Beamten melden es, aber es läßt sich nichts machen, weil die Gesellschaft rekurrirt. In Bezug auf die Arbeitseinstellung wird die Regierung sofort das Nothwendige veranlassen. Es ist in diesen Tagen der Bürgermeister von Wien aufgefordert worden, zu interveniren und, so sagte der Minister, soeben kommt mir die Mittheilung, daß der Statthalter sich mit dem Magistrat ins Einvernehmen gesetzt habe.

Diese Verhandlungen kamen thatsächlich am Freitag zustande und damit die Einigung.

In diesem Streik war nichts zu gewinnen, nichts zu erreichen ohne die „Arbeiter-Zeitung". Die übrige Presse ist mit wenigen Ausnahmen durchaus auf Seite der Werksbesitzer gestanden, und erst als sich die Dinge nicht mehr verheimlichen ließen, schrieben auch andere Blätter in dem Sinne. Die „Neue Freie Presse" sogar, das Organ des Geldsacks, der Unternehmer, auch dieses Blatt konnte solche aufreizende Thatsachen berichten. Sie haben das größte Aufsehen gemacht, weil sie die „N. Fr. Pr." berichtet hat. Es ist also schließlich geschehen, was wir verlangt haben.

Ich würde hier lügen, wenn ich sagen würde, die Regierung hat ihre Pflicht bereits vollständig erfüllt, wenn ich sagen wollte, daß sie schon heute ihre Pflicht erfüllt habe. Sie wurde beauftragt, energisch zu untersuchen. Ich war vorgestern auf dem Wienerberg draußen, um mir Alles an Ort und Stelle so recht deutlich in's Gedächtniß zurückzurufen. Ich kann sagen, es schaut noch nicht besser aus. Die Löhne sind etwas gebessert. Aber was die Wohnungen anlangt, hat sich so gut wie gar nichts gebessert.

Für 5000 bis 6000 Menschen sollen Wohnungen geschaffen werden, und da baut man vier Häuser mit je 40 Familienwohnungen. Das ist Alles, was man seit acht Jahren draußen gebaut hat. Aber wie schauen diese Arbeiterhäuser aus? Ich war schon in verschiedenen Arresten. Ich habe hier im Landesgericht eine Zelle gehabt, die genau so groß ist, wie eine solche Zelle der Arbeiter in Inzersdorf für sich und seine Familie erhält. 53 Kubikmeter Luftraum hat eine solche Zelle. Dort schlafen aber nicht etwa nur drei oder vier Personen, wie es der Gewerbe-Inspektor vorschreibt, sondern Vater, Mutter, Erwachsene und Kinder, acht bis neun Personen, schlafer zusammen in einer solchen Zelle. Und eine Zelle ist neben der anderen. Es sieht aus wie ein Arrest. Wir haben Aebeiter besucht und mit ihnen gesprochen. Als uns der Inspektor erblickte, wollte er uns hinauswerfen. Das ist ihm freilich nicht gelungen. Sie müssen nämlich wissen, meine Herren Geschworenen, daß zu den Inzersdorfer Arbeitern nur Verwandte, und zwar nur mit Erlaubniß des Inspektors zu Besuch kommen dürfen. Das heißt, die Arbeiter sind dort genau so gehalten, wie hier Sträflinge im Arrest. Auch hier ist das mit den Besuchen so geregelt. Aber die große Majorität wohnt noch in den alten Ringöfen, wie im Jahre 1888. Fünf bis sieben Familien in einem Raum, Männer, Weiber, Kinder untereinander. Wie das aussieht, kann man sich vorstellen. Für jede Familie ein Bett, die Wohnungen naß, die Erdäpfel verfault, das Stroh verfault, die Schuhe verschimmelt — der Arbeiter geht zu Grunde. Und damit auch nicht das kleinste Detail fehlt: Im Ringofen Nr. 52 wohnt eine Frau mit fünf anderen Familien zusammen. Die Frau ist hochschwanger. In nächster Woche noch wird sie entbinden, mitten unter den Männern und Kindern. Und die Regierung, die beauftragt wurde, dem Hause Bericht zu erstatten, hat bis heute noch nicht berichtet. Die Regierung hat verfügt, daß die Gesellschaft Arbeiterhäuser baue. Aber die Gesellschaft hat sich der Verfügung zu entziehen verstanden. Was sie über den Sommer hätte leisten können, that sie nicht. Jetzt erst erinnert sie sich des Regierungsauftrages und kündigt den Leuten und will sie delogiren (ausquartieren) — dieses Mitte November — sie will sie jetzt zu Beginn des Winters ohne Wohnung und auch ohne Arbeit lassen, damit sie im Winter neue Häuser bauen könne — so sagt die Gesellschaft!

Die Regierung hat aber auch in anderer Beziehung Augen und Ohren geschlossen. Das Verhalten der Gesellschaft in Bezug auf den Unterstützungsverein läßt sie ganz kalt. Jeder Arbeiter, der die Ehre hat, sich von der Wienerberger Ziegelfabriksgesellschaft ausbeuten zu lassen, ist gezwungen, diesem Verein beizutreten, den die Gesellschaft von dem Gelde der Arbeiter errichtet hat und mit diesem Gelde erhält. Dieser Verein hat nach den Statuten arbeitsunfähig Gewordene mit Aushilfen zu versehen. In dem „Ausweis über die bei der Wienerberger Ziegelfabriksgesellschaft zugebrachte Arbeitszeit" — es ist ein ganzes Buch — heißt es: „Die Beibringung dieses Buches ist unbedingt nothwendig, wenn sich ein Arbeiter um eine Abfertigung u. s. w. auf Grund des § 16 der Statuten u. s. w. bewerben will. Nun existirt in den Statuten des „Unterstützungsvereines" gar kein § 16, sondern die Statuten haben nur vierzehn Paragraphen. Ich mache aufmerksam, daß dieses Arbeitsbuch und dieses Statut von den Behörden gesehen und auch genehmigt worden sind. (Bewegung.)

Nun erst das Statut. Jeder muß Mitglied werden, Jeder verliert unbedingt die Mitgliedschaft, wenn er aus was immer für einer Ursache aus dem Dienste der Gesellschaft scheidet; damit erlischt jeder Anspruch. Rückersatz in keinem Fall, von jedem Gulden muß Jeder einen halben Kreuzer zahlen. Die Leistungen des Vereins liegen natürlich ganz im Ermessen des Vereinsausschusses. In diesem Ausschusse sitzen Verwaltungsräthe und drei Arbeiter oder Beamte, die vom Verwaltungsrath hineingewählt werden. Den Vorsitz führt ein Direktor. Versammlungen des Vereins haben noch nie stattgefunden. Alles regelt der Ausschuß. Sie können sich die Folgen denken. Und diese Statuten hat dieselbe Statthalterei bestätigt, die Arbeitervereinen die größten Schwierigkeiten macht. Wir haben also nicht zu viel gesagt, wenn wir gesagt haben: „Es geschieht nichts."

Was den zweiten Anklagepunkt betrifft, soll ich am 1. Mai in einer Rede das Vergehen der Gutheißung ungesetzlicher Handlungen begangen haben. Ich sprach über die Bedeutung des Achtstundentages. Noch vor 10 Jahren sagte ich, hielt man die Abkürzung der Arbeitszeit auf 8 Stunden für etwas höchst Revolutionäres. Heute dagegen fordern schon Aerzte, Professoren und Nationalökonomen den Achtstundentag, ja eine Reihe von Arbeitern, die nicht auf dem sozialdemokratischen Standpunkt stehen, sagt, der Achtstundentag sei gar nichts Revolutionäres. Dem gegenüber suchte ich den Achtstundentag zu vertheidigen und sagte, er sei revolutionär, weil er die Revolution möglich mache. Was ist die Revolution? Wir wollen allerdings die Revolution, wir wollen, daß an Stelle dieser Gesellschaft der Ausbeutung eine vernünftige Gesellschaft gesetzt werde, daß die ganze Gesellschaft die Früchte ihrer Arbeit genieße. Aber diese Umwälzung ist nicht blos wünschenswerth, sondern eine andere Revolution, die technische, macht sie nothwendig; sie bewirkt, daß sich auf der einen Seite immer mehr Besitzlose ansammeln, auf der anderen Seite immer weniger Besitzende. Da die Arbeitenden die große Mehrzahl der Menschheit ausmachen, müssen sie dee Träger der Umwälzung sein. Und da ist wichtig, wie dieses Proletariat aussieht. Die Umwälzung kommt, aber es hängt davon ab, ob sie ein verstlavtes, tiefgesunkenes, degenerirtes Proletariat findet oder ein intelligentes und fähiges, das sich hohe Ziele setzen und vernünftig verfolgen kann. Eines der wichtigsten Mittel nun, das Proletariat physisch und geistig zu heben, ist der Achtstundentag, der symbolisch für den Arbeiterschutz genommen wird. In dieser Hinsicht ist der Achtstundentag revolutionär, weil er das Proletariat für die mit oder ohne sein Zuthun kommende Umwälzung reif macht. Wenn der Staatsanwalt wieder in der Revolution den Dresch-

Die Buckel-Liese.

Von Friedrich Lorenzen.

(Fortsetzung.)

Sie sehen, meine Herren Geschworenen, der Mutterliebe zarte Sorgen haben nie den goldenen Morgen meiner Klientin bewacht; sie hat Elternliebe nie empfunden; kein Vater, der in lieblichem Spiele mit seinen Kindern selbst zum Kinde wird, hat sie auf seine Knie genommen, sie geschaukelt oder sie umhergetragen; keine Mutter hat Abends an ihrem Betichen gesessen, sie die Hände falten, zum lieben Gott beten gelehrt. Sie weiß nicht, was es heißt, liebe Eltern zu haben. Die Eltern waren ihr vom ersten Tage an feind; sie war ihnen lästig, zuwider, verhaßt, ein unnützer Balg, dem man mit Schlägen den Hunger und das Schreien austreiben mußte.

Und wenn es ihr doch zuweilen gelang, sich fortzuschleichen, wenn sie die Jammerhöhle der elterlichen Hütte verließ, wenn sie sich draußen sehen ließ, auf der Straße, wo andre Kinder vergnügt spielten, dann hieß es: „Hurrah, da kommt sie, die Buckel-Liese! Hurrah! die wollen wir fangen!"

Und die anderen, gesunden Kinder, die ein friedliches Heim und liebende Eltern hatten, sie neideten dem armen, kranken Wesen den Stein, auf dem es saß und weinte. Sie ließen ihr Spielzeug im Stich, rannten auf die Kleine los, warfen sie mit Stöcken und Steinen und verfolgten sie so lange, bis das arme Opfer sich irgendwo verkroch oder ein Erwachsener die jugendlichen Unholde davontrieb.

So wuchs sie auf, das war ihr Loos jeden Tag und jede Stunde. Sie ging nicht zur Schule; man hatte sie in der ersten Zeit wohl dahin geschickt, aber keines von den anderen Kindern wollte bei ihr sitzen, es gab täglich Zank und Streit. Auch konnte der Lehrer nichts mit ihr anfangen — sie konnte ja kaum sprechen; ein unverständliches Lallen nur kam aus ihrem Munde; da ließ man sie laufen, wohin sie wollte.

Sie ward älter und größer, ohne etwas zu lernen, wuchs heran in stumpfer, fast thierischer Apathie.

Die Eltern starben; ihre Geschwister gingen eins nach dem andern in die Welt, Keiner kümmerte sich um sie; durch Betteln und durch Handeln mit Beeren und Kräutern ernährte sie sich kümmerlich. Aber sie schlug sich redlich und rechtschaffen durch. Es giebt keinen Menschen auf der weiten Welt, der ihr etwas Schlechtes nachsagen kann.

So kam sie in unsere Stadt und fand bei der Stiftsräthin, einer sehr würdigen Dame, bei der bisher keine Aufwärterin länger als vierzehn Tage ausgehalten — wer kennt nicht die Schlechtigkeit unserer Dienstboten! — eine Stelle. Ihre Prinzipalin war sehr mit ihr zufrieden, ließ sich das arme Weib doch Alles gefallen und forderte nur die Hälfte des ortsüblichen Lohnes. Von diesem Gelde konnte sie natürlich nicht leben; sie half noch hier und da beim Reinemachen, verrichtete für Dienstmädchen und Diener die niedrigsten und widerwärtigsten Arbeiten und verdiente bei sechzehn- bis achtzehnstündiger Arbeit etwa 30 Mark den Monat.

Sie wohnte in meinem Hause, im vierten Stock hatte sie sich ein Kämmerchen gemiethet.

Da fiel ihr von einer entfernten Verwandten ein kleines Erbtheil zu. Es waren nur ein paar hundert Thaler, aber doch genug, um einen arbeitsscheuen Vagabunden, einen Maurer von Profession, zu verlocken, ihr einen Heirathantrag zu machen. Sie willigte ein. Daß sie, die niemals Liebe empfunden und stets allein gewesen war, sich nach Liebe, nach einer eigenen Häuslichkeit sehnte, konnte ihr gewiß Keiner verdenken. So ward sie sein Weib.

Die Ehe war die denkbar unglücklichste. Das bischen Geld hatte der Mann bald durch die Kehle gejagt; nun begann er seine Frau tagtäglich so zu mißhandeln, daß diese keinen besonderen Schmerz empfand, als er im fünften Monat ihrer Ehe in seiner Betrunkenheit eines Tages von einem hohen Bau herabstürzte und den Hals brach.

Nun war sie wieder allein.

Doch eine gewaltige Veränderong war mit ihr vorgegangen; sie fühlte, daß sie bald für zwei zu sorgen haben würde, und sie, die bisher mit dem zufrieden gewesen war, was man ihr bot, begann auf einmal zu fordern, hatte sogar mit ihrer Wohlthäterin einen Streit, weil sie nicht mehr so billig arbeiten wollte. Auch versagte sie sich jetzt selbst die allerkleinsten Genüsse, die Butter vom Brode, den Zucker zu dem Cichorienkaffee — sie mußte ja sparen, sparen für ihr Kind.

Auf diese Weise, Pfennig bei Pfennig zusammengehungert, hatte sie ganze 75 Mark zurückgelegt.

Bald war das Kind da, ein schwächliches, elendes Geschöpf. Aber ein Märchenprinz aus dem Morgenlande in all seiner Pracht wäre ihr nicht so schön erschienen wie das zappelnde, häßliche Ding.

Sie nannte es Käthe. Sie ließ es nicht taufen, sie wußte ja nichts von Taufe, nichts von Gott, sie wußte nur von dem einen Triebe, den der Gott, den sie nicht kannte, in unendlicher Größe in ihr gepflanzt, von der Mutterliebe.

Ihre Freude, ihren Jubel zu schildern, wenn das Kleine strampelte und jauchzte, ist unmöglich.

Dieses arme, häßliche Weib in seiner elenden, kalten Kammer beneidete jetzt keinen Menschen auf der Welt. Sie hatte ja ein Kind, ein Wesen, das sie anlachte, das sie liebte, in unartikulirten Lauten sie begrüßte, wenn sie von der Arbeit wiederkam, die kleinen, mageren Aermchen

flegel und die Bombe sieht, so möchte ich ihm nur sagen: Es ist doch eine ganz merkwürdige Sache, dieser gewaltsame Umsturz auf gesetzmäßigem Wege. Wozu kommt die Arbeiterschaft am 1. Mai zusammen? Um die gesetzliche Feststellung des Achtstundentages zu fordern. Das sieht nicht sehr nach Gewaltsamkeit aus! Der gesetzliche Achtstundentag soll dazu dienen, das Proletariat physisch und geistig kampffähig zu machen. Das ist das Programm der Sozialdemokratie, das sie mit allen Mitteln anstrebt, die zweckdienlich sind und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechen. So steht es in unserem Programm. Mit gutem Bedacht steht nicht das Wort „gesetzliche" dabei. In einem Staate, wo es noch einen § 23 giebt, auf Grund dessen jeder Mensch, der einem Anderen eine Zeitung giebt, eingesperrt wird, spricht man nicht vom Gesetze, sondern man muß sich an das natürliche Rechtsbewußtsein des Volkes wenden, und wir wünschen, daß die Gesetzgebung diesem natürlichen Rechtsbewußtsein angepaßt werde. Ich habe also nicht zu ungesetzlichen Handlungen aufgefordert und glaube, weder in dem ersten noch in dem zweiten Falle das Gesetz verletzt, sondern meine Pflicht gethan zu haben.

Soziales und Partei-Leben.

Ein Papierring geplant? Am Freitag war, wie die „Voss. Ztg." mittheilt, in Berlin im Hotel Kaiserhof eine Anzahl der bedeutendsten Papierfabrikanten aus Schlesien, Pommern, Sachsen, Thüringen, Hannover, Pfalz und Rheinland versammelt, um die „so tief gesunkenen Preise" aufzubessern. Da allseitig festgestellt werden konnte, daß sämmtliche Fabriken auf eine Zeit hinaus beschäftigt sind, wurde eine sofort eintretende Preiserhöhung beschlossen. Zunächst ist für bestimmte Sorten eine bindende Vereinbarung auf ein Jahr zu Stande gekommen und die betheiligten Fabrikanten hoffen, daß andere Fabriken mit anderen Sorten nachfolgen werden.

Prag. Die Prager Handschuhindustrie gerieth in einen ernsten Lohnkonflikt. Die Gehilfen traten wegen Nichterfüllung ihrer Wünsche in einen theilweisen Streik und leiteten einen Boykott über einzelne Fabriken ein. 68 Fabriken beschlossen, falls die Streikenden die Arbeit nicht sofort aufnehmen und die Boykottirung einstellen würden, Ende dieses Monats sämmtlichen Gehilfen, über 1200, zu kündigen. In diesem Falle würden 60 größere Handschuhfabriken geschlossen.

Ein sozialistisches Blatt in türkischer Sprache erscheint seit Anfang Oktober in Rustschuk in Bulgarien. Es heißt Sebat und erscheint täglich, wird nicht gedruckt, sondern lithographiert.

Aus Nah und Fern.

Berlin. Der Verlagsbuchhändler B. Heymann wurde zu 200 Mark Geldstrafe verurtheilt wegen Aufreizung zu Gewaltthätigkeiten, begangen durch den Verlag einer von einem holländischen Sozialisten verfaßten Broschüre: „Ein Paradies soll unsere Erde sein." Der Staatsanwalt beantragt 3 Monate Gefängniß.

Polizeiliche Prügelhelden. Zwei alte, lange Jahre dienende Polizeibeamte, die Schutzleute August Budahn und Johann Domning hatten sich Sonnabend wegen vorsätzlicher Mißhandlung mittelst einer Waffe und öffentlicher Beleidigung vor der II. Strafkammer des Berliner Landgerichts I zu verantworten. Es handelt sich um ein böses Abenteuer am Abend des Sedantages. An jenem Abend hatten beide Angeklagte Dienst im Kleinen Thiergarten. Das dort befindliche illuminirte Denkmal wurde vom Publikum umstanden und als letzteres auf die Aufforderung der Beamten nicht wegging, übten die Angeklagten Gewalt aus. Hierbei stieß Domning den Handelsmann Mademann aus Versehen an die Backe und als dieser sagte: „Herr Wachtmeister, stoßen Sie mich doch nicht!" packte er ihn sofort vor die Brust und drängte ihn zum Denkmalsgitter. Frau Mademann rief ihrem Manne nun zu: „Wir wollen nach Hause gehen!" Darauf zog der Angeklagte Budahn seinen Säbel und drang mit den Worten; „Du Aas, was willst Du?" auf die Frau ein und schlug sie mit der flachen Klinge zweimal über den Arm und einmal über den Kopf. Er soll so betrunken gewesen sein, daß er hin und her schwankte und ihm der Säbel entfiel, als er das dritte Mal zuschlagen wollte. Auch der zweite Angeklagte soll stark angetrunken gewesen sein und behauptet, wie sein Kollege, daß Frau Mademann den Budahn ins Gesicht geschlagen habe. Die Mißhandlung der Frau regte den anwesenden Schlachtermeister Mohr derartig auf, daß er ausrief: Das ist doch unerhört, eine wehrlose Frau so zu behandeln! Die Beamten scheinen unkurabel zu sein!" Nun wandte sich die Wuth der beiden Angeklagten gegen Mohr. Budahn fiel über ihn her und wälzte sich bald in heftigem Kampfe mit ihm am Boden. Der Angeklagte Domning sprang seinem Kollegen zu Hilfe und beide versuchten den Schlächtermeister Mohr unter heftigen Schimpfworten, wie „Lump! Schlumps! Strolch!" u. s. w. zur Wache zu befördern. Sie packten dabei so kräftig zu, daß dem Mohr Wäsche und Kleider zerrissen wurden. Auf dem Wege zur Wache sollen die Angeklagten dem Mohr noch zahlreiche heftige Faustschläge ins Genick versetzt haben. Jedesmal, wenn derselbe erklärte, er gehe ja freiwillig mit und sei ein in der Nähe wohnender Geschäftsmann, erhielt er neue Schläge ins Genick und die Angeklagten schrieen immer wieder: „Was sind Sie? Ein Lump, ein Plunder sind Sie!" Die Angeklagten behaupteten, daß sie nur 3 bezw. 4 Gläser Bier getrunken hätten, aber mit kurzer Ruhepause mehr als 30 Stunden in Dienst gewesen seien. Die Augenzeugen stimmten darin überein, daß namentlich Budahn stark betrunken gewesen sei. Wie der Staatsanwalt Dietz hervorhob, haben inhaltlich der Akten sämmtliche Zeugen die Vorfälle genau so geschildert, wie der Schlachtermeister Mohr und das Mademann'sche Ehepaar. Um so auffallender schien es dem Staatsanwalt und dem Gerichtshofe, daß der Schutzmann Juran, welcher an jenem Abend gleichfalls am Thatorte zugegen gewesen war, gänzlich andere Aussagen machte, von dem Vorfalle nichts gesehen hatte und die Vorgänge bei der Sistirung des Schlachtermeisters Mohr zu ungunsten des letzteren darstellte. Mohr erklärte diese Aussagen für ganz unrichtig, der Zeuge verblieb aber nachdrücklichst bei seinen Behauptungen. — Staatsanwalt Dietz bedauerte, daß er hier gegenüber Beamten, die über 20 Jahre im Polizeidienste stehen und deren Brust das eiserne Kreuz schmückt, seines Amtes walten müsse. Je mehr man aber die Beamten gegen Ausschreitungen des Publikums schütze, um so nachdrücklicher müsse man solche Ausschreitungen der Beamten ahnden. Nur mit Rücksicht darauf, daß die Angeklagten aus Anlaß der Nationalfeier offenbar betrunken gewesen, beantrage er gegen Budahn nur 6 Monate, gegen Domning 4 Monate und 1 Woche Gefängniß. — Rechtsanwalt Wronker empfahl die Angeklagten, die offenbar unter der Einwirkung des Alkohols gestanden, der Milde des Gerichtshofes. Dieser verurtheilte den Angeklagten Budahn zu 7 Monaten, den Angeklagten Domning zu 4 Monaten Gefängniß.

Aus dem Gerichtssaal. Wegen groben Unfugs hatten der verantwortliche Redakteur des „Vorwärts", Kunert, und der Vorsitzende des Metallarbeiter-Verbandes Pätzold einen Strafbefehl von 50 Mark erhalten, weil im „Vorwärts" ein Aufruf an die Metallarbeiter auf Fernhaltung von Zuzug von einem Lohnstreit veröffentlicht worden war. Dagegen war Einspruch erhoben worden, der vor dem Schöffengericht in Berlin am Montag zur Verhandlung kam. Amtsanwalt Schröer erklärte, daß nach dem Urtheil des Reichsgerichts vom 24. Juni d. Js. derartige Veröffentlichungen als grober Unfug anzusehen seien. Die Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Herzfeldt und Dr. Heinemann traten entschieden für die Freisprechung ein. Es stehe das wichtigste Recht der Arbeiter, das Koalitionsrecht, auf dem Spiel. Der Gerichtshof schloß sich den eingehenden Ausführungen der Vertheidigung an und sprach beide Angeklagte unter Auferlegung der Kosten der Staatskasse frei.

Zur Nachahmung empfohlen. Einen beherzigenswerthen Bescheid, von dem wir hoffen, daß er nicht vereinzelt bleiben wird, ertheilte der Erste Staatsanwalt in Berlin unlängst in einer Untersuchungssache wegen Majestätsbeleidigung. Zwei Damen waren wegen einer
Lappalie in ernsten Zwist gerathen, aus welchem sch
lich eine Denunziation wegen angeblich beleidig
Aeußerungen gegen die Kaiserin hervorging. In
von dem Staatsanwalt erhaltenen Bescheide hei
wörtlich: „Bei Ihrer Feindschaft mit der Beschuldi
die einen Racheakt nicht ausschließt, reicht Ihr Ze
zur Ueberführung der Beschuldigten nicht aus. Ich
deshalb das Verfahren gegen dieselbe eingestellt."

„Aus ihrem Kor[illegible]r" **Fleischbeschauer.** Aus Grünberg
[illegible] in der „Breslauer Zeitung" geschrieben: Als hier die U
suchung der geschlachteten Schweine auf Trichinen
geführt wurde, hatte einer der ersten angestellten Fl
beschauer das Glück, in seinem Bezirke fortwährend t
nöse Schweine zu finden; er heimste bei jedem n
Trichinenfund die vom Kreise gewährte Prämie
10 Mk. ein und kam auch bald in den Ruf, der tüch
und gewissenhafteste Fleischbeschauer unserer Stad
sein. Den Kollegen des „findigen" Genossen kam
Sache jedoch bald verdächtig vor; nicht minder der
hörde; ganz besonders aber einem Gastwirth und e
Großfleischer, da gerade in allen von ihnen gefüt
Schweinen sich Trichinen vorfanden. Der Finder
Schmarotzerthiere ging nämlich in den Haushaltunge
beiden letzteren ein und aus. Man beobachtete
findigen Beschauer etwas genauer. Er unterhielt
ziemlich lebhaften Handel mit trichinösem Fleisch.
jederzeit der nicht unbedeutenden Nachfrage nach t
nösem Fleisch genügen zu können, züchtete
trichinöse Ratten. So nahm er hin und w
einige Stückchen trichinösen Rattenfleisches in solche H
haltungen seines Bezirkes mit, in welchen Schweine
Selbstschlachten gefüttert wurden, und wenn es ihm
lang, in die Nähe der Schweine oder des Schweinefu
zu kommen, dann hatte er sich stets die Anwartschaf
ein Zehnmarkstück erworben. Wie aber der Krug nu
lange zum Brunnen geht, bis er bricht, ging dieser sch
Fleischbeschauer auch nur so lange zu den Schweinest
seiner Freunde, bis die Polizeibehörde ihm kürzlich
lich durch Abnahme des Amtes diese Art
Schweinefütterung verleidete. Zehn Jahre sind seit
Zeit vergangen; in diesen zehn Jahren sind hier
sammen nicht so viel trichinöse Schweine geschla
worden, als damals in einem Jahre. Der Trich
händler schied bald nach seiner Amtsentlassung frein
aus dem Leben.

Wieder etwas Neues aus Sachsen. In di
Sommer unternahmen mehrere Arbeiter aus Lichten
Callenberg per Leiterwagen einen Ausflug nach Sch
berg. Einer von ihnen hatte ein blaßrothes Plakat
der Aufschrift: „Umsturz" an dem Wagen befe
Einige Tage nach dem Ausflug wurde die Ortsbeh
von Schneeberg aus verständigt, die Theilnehmer wu
gerichtlich vernommen und erhielten dieser Tage S
mandate zugeschickt. Der Arbeiter, welcher das P
angeheftet, erhielt 30 Mk. Geldstrafe. ein anderer, de
angefertigt, 20 Mk., ein dritter, der es überdies w
entfernt hatte, 15 Mk., und ein vierter Theilnehmer
dem Ausfluge ebenfalls 15 Mk. Geldstrafe. Die Bestra
wollen Rekurs erheben.

Aus der besten aller Welten. Im „Volksblatt
Anhalt" finden wir folgende Anzeige: „Hurrah, Hur
Transport Hunde zum Schlachten wieder
Jeden Freitag und Sonnabend: Frisches Hundefl
Dessau, Friedhofstraße Nr. 11." — Wie groß muß
Nothlage schon sein, wenn das Hundeschlachten als
schäft betrieben werden kann! Aber der Hunger
schließlich auch den größten Widerwillen und Ekel i
winden!

Moralischer Defekt. Koblenz. Die 50jä
Elise Schmidt, die Tochter eines Professors, hat im
flossenen Sommer sowohl in Wiesbaden als auch
Rhein großartige Schwindeleien betrieben. Von
Strafkammer in Wiesbaden wurde die Schmidt
geisteskrank erklärt. Vor ihrem Erscheinen vor der S
kammer war sie einige Monate in der Irrenanstal
Andernach beobachtet und durch den Vorsteher Dr.
für gesund erklärt worden. Nachdem die Angeklagt
Thale und Glatz Mädchen-Pensionate errichtet hatte,
rieth sie in Schulden. In Oberweil kaufte sie eine
für 33 000 Mark und eröffnete ein Mädchen-Pensi
Nun ging die Schwindelei im großen los. Möbelhä
lieferten der „feinen Dame" die Einrichtung, Age
besorgten Darlehen, die Lieferanten gaben nicht
Waaren, sondern auch baares Geld. In Wiesba
Mainz, Koblenz, Köln, überall wurde gekauft und
geliehen. Endlich kam der Krach, den Gläubigern wu
10 pZt. aus der Konkursmasse gezahlt. Obgleich der
Sachverständiger vernommene Dr. Busch-Wiesbaden
Angeklagte für geistesgestört erklärte, bestand Dr.
auf seinem Gutachten, daß die Schmidt geistig ge
und eine schlaue Person sei. Das Gericht verurth
die Angeklagte daraufhin zu einer Gefängnißstrafe
8 Monaten.

Eine Nasenspitze in Spiritus als corpus del
In Lindau a. B. ereignete es sich diesen Sommer,
bei einer Rauferei wegen 10 Pfennig ein Dampfs
heizer einem anderen Heizer die Nasenspitze abgeb
hatte. Dieser Tage kam nun dieser „delikate Biß"
gerichtlichen Verhandlung. Dabei sah der Verletzte,
fünf Wochen in der Klinik gelegen hatte, seine Na
spitze in Spiritus auf dem Gerichtstische wieder. D
Wiedersehen war allerdings kein freudiges, aber der
letzte hatte doch wenigstens die Genugthuung, daß
Kollege für seine Bissigkeit zwei Monate Gefän
erhielt.

---

ihr um den Hals schlang und nicht zurückbebte vor ihren rothen Haaren und den grauen, schielenden Augen.

Das Verhältniß zwischen Mutter und Kind war, wie Ihnen bereits gesagt wurde, ein rührendes, ein geradezu ideales. Sie schmückte und zierte es mit Schleifen und bunten Bändchen, sie lallte ihm Worte zu, die sie selbst wohl nicht verstand, sie lachte und scherzte mit dem Kinde, als wäre sie selbst ein Kind.

Nur eins bereitete ihr tiefen Schmerz, und sie, die im Kampfe des Lebens abgestumpft gegen den größten Jammer geworden war, sie fand sich jetzt oft in Thränen gebadet, denn ihr Kind, ihr Katherl, war krank.

Eine Krümmung des Rückgrats zeigte sich schon im ersten Jahre; die Härchen, die kamen, waren brandroth; man konnte mit Bestimmtheit voraussehen, daß das Kleine ein getreues Ebenbild seiner Mutter werden würde.

Das war ihr ein entsetzlicher Gedanke. Gesund, gesund mußte ihr Katherl werden.

Sie lief zu den Aerzten, von einem zum andern. Doch wenn sie vor ihnen stand und zagend und stotternd ihrem Wunsche keinen Ausdruck geben konnte, dann mochte sie wohl für eine Bettlerin gehalten werden. Ueberall wies man sie ab und gab sogar den Dienstboten den Befehl, die unverschämte Betteldirne nicht mehr vorzulassen.

Dies kränkte sie bitter; sie wollte doch nicht betteln, sie wollte nur Hilfe für ihr Kind und diese Hilfe gern mit ihrem sauer verdienten Gelde bezahlen!

Sie packte ihr kleines Kapital in ihre Schürze und machte sich nochmals auf den Weg zu einem Doktor. Zufällig öffnete auf ihr Klingeln der Arzt selbst die Thür und war erstaunt, als das armselig, aber sauber gekleidete Weib ihm, ohne ein Wort zu sagen, eine sackartig zusammengenähte blaue Schürze entgegenhielt. Er schaute neugierig hinein und sah da drinnen ein Häufchen Geld, klebrig und schmutzig, gleichsam als klebe der Jammer und die Noth und der Koth der niedern Arbeit noch daran, eine verhältnißmäßig große Summe in lauter Kupfer und Nickelmünzen.

Der edle Mann war ergriffen; er fragte sie nach ihrem Begehr. Sie brachte zuerst nichts heraus als die Worte: „Mein armes, kleines Kätherl."

Er führte sie in sein Studirzimmer, fragte sie aus, zog ihr gewissermaßen die Worte aus dem Munde und erfuhr dann — er mußte es mehr errathen — den Schmerz des armen Weibes.

(Schluß folgt.)

Verantwortlicher Redacteur: Otto Friedrich. Verlag: Theod. Schwartz Druck von Friedr. Meyer & Co., sämmtlich in Lübeck.